Stadt Gütersloh

Die Bürgermeisterin

B e r a t u n g s e r g e b n i s

der 8. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 17.08.2015

7. Fragen der Ausschussmitglieder

Es liegen zwei Anfragen der Fraktionen BfGT/ SPD vor.
Die Fragen werden nach TOP 7.1 beantwortet.

1. Frage:
In der Sitzung des Hauptausschusses am 17. August 2015 erbitten die Fraktionen der BfGT und SPD Auskunft/Informationen über den aktuellen Stand der Flüchtlingssituation in Gütersloh.
Unabhängig von der allgemeinen Erörterung in der Ratssitzung am 28. August erwarten die Fraktionen in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Verwaltung, warum in den Sporthallen, die zur Zeit als Notunterkünfte dienen, kein freier Zugang zum Internet bereit gestellt werden kann.
Warum die o.a. Fraktionen die Einrichtung der freien WLAN-Verbindungen für erforderlich halten und in welchen Städten die Verwaltungen bisher unaufgefordert die Initiative ergriffen, googeln Sie bitte unter „Freies WLAN für Flüchtlinge“.

Frau Unger beantwortet die o.a. Anfrage.

1. Not-Erstaufnahmeeinrichtungen:
In den beiden Sporthallen seien inzwischen je 200 Flüchtlinge untergebracht worden. Es handele sich um viele allein reisende Männer, wenige Familien. Sie kämen überwiegend aus Syrien, Irak, Bangladesh, Afghanistan, Aserbaidschan, Albanien, Georgien, wenige aus den West-Balkan-Staaten. Es sei von einer Verweildauer von 2 – 2 Tagen ausgegangen worden. Die Verweildauer sei länger als ursprünglich mitgeteilt. Das medizinische Eingangsscreening mit Hilfe von ehrenamtlich tätigen Ärzten werde durchgeführt werden. Die Verwaltung organisiere die Registrierung und das Röntgen. Es sei eine große Herausforderung. Die Zusammenarbeit mit dem DRK als Betreuungsverband funktioniere sehr gut. Das DRK arbeite mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Es sei ein ruhiger, pragmatischer Umgang mit der Aufgabe, was nicht heiße, dass es nicht auch Probleme gebe, die bewältigt werden müssten. Die Verwaltung sei insbesondere durch den Fachbereich Ordnung mit eingebunden. Sie sei froh, dass die Sportvereine, insbesondere die drei, deren Sporthallen belegt seien, konstruktiv mitarbeiteten. Der Trainingsbetrieb sei gut organisiert. In den Hallen, aber auch in den Nachbarschaften sei es ruhig. Es habe in der letzten Woche ein Treffen des Innenministers stattgefunden mit über 100 Städten und Gemeinden, die sehr schnell Notunterkünfte bereitstellen mussten. Sie habe festgestellt, dass es überall die gleichen Fragen und Probleme gebe bzw. das gleiche Zupacken der Kommunen. -Wie sehe es mit der Finanzierung aus, gebe es eine Refinanzierung durch das Land-. Es sei noch nicht abschließend geklärt, aber sie gehe davon aus, dass die Kosten vom Land getragen würden. Wie es weitergehe mit den Notunterkünften in Spexard und Friedrichsdorf, wie lange die Unterkünfte bereitgehalten werden müssten, könne niemand sagen. Die Verwaltung arbeite konstruktiv mit dem DRK zusammen. Es werde alles getan, damit die Gäste sich wohl fühlten und gut versorgt seien. Es seien hier auch viele Ehrenamtliche tätig. Es habe Informationsabende für die Bevölkerung gegeben.

2. Reguläre Flüchtlingsaufnahme:
Die Stadt habe zur Zeit rd. 530 zugewiesene Asylbewerber und Flüchtlinge. Davon seien 343 Personen in 13 städt. Unterkünften (120 Frauen, 223 Männer) untergebracht. Die größte Altersgruppe liege zwischen 26 und 40 Jahren, danach zwischen 19 und 25 Jahren. Weitere 8 Unterkünfte würden zur Zeit hergerichtet oder auf ihre Eignung geprüft. Das Ziel sei eine möglichst dezentrale Unterbringung. Die Verwaltung kümmere sich nicht nur um die Aufnahme und die Unterbringung, sondern auch um die Betreuung der Kinder in den KiTas, den Jugendlichen in den Schulen, um Sprachkurse. Das alles sei nur durch das große Engagement von Ehrenamtlichen möglich. Darüber sei sie als Bürgermeiste-

rin sehr froh. Frau Unger dankt auch Herrn Habig, Frau Lang und Herrn Martensmeier für ihr Engagement.

3. Freies WLAN für Flüchtlinge
Die Entscheidung, ob und wie Flüchtlingsunterkünfte mit kostenlosem WLAN/Freifunk versorgt werden, solle im Gesamtkontext der Frage der Zusammenarbeit mit der Freifunkinitiative in der nächsten Ratssitzung getroffen werden. Zwischenzeitlich liege das vom Kreis Gütersloh eingeholte Rechtsgutachten vor, das auch den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei. Vor dem Hintergrund, aber auch u.a. mit Blick auf die entstehenden Kosten müsse sich der hier abschließend zuständige Rat Gedanken machen, ob er der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses folge. Die Verwaltung werde für die Ratssitzung eine entsprechende Vorlage erarbeiten.

Herr Morkes schlägt vor, das Thema „Flüchtlinge“ generell auf die Tagesordnung vom Hauptausschuss und vom Sozialausschuss zu setzen. Zur Koordination regt er einen 450 Euro-Job an.

Frau Unger merkt an, die Finanzierung betreffe die Notunterkünfte. Sie werde unter dem TOP Mitteilungen regelmäßig im Hauptausschuss über die Flüchtlingssituation berichten.

Frau Mörs erkundigt sich, ob die 2 – 3 Tage-Verweildauer mit dem Medizin-Screening zusammenhänge.

Frau Unger erwidert, die 2 – 3 Tagesfrist habe nichts mit dem medizinischen Screening zu tun.

Herr Martensmeier ergänzt, das Land habe ursprünglich mitgeteilt, dass die Flüchtlinge nach 2 – 3 Tage weiter verteilt würden. Die Notunterkünfte seien zu voll. Niemand könne sagen, wie lange die Menschen bleiben müssten.

Herr Ostermann erklärt, die Flüchtlingssituation sei das große Thema der nächsten Zeit. Er kündigt einen Antrag der SPD dazu im Sozialausschuss an.

Herr Kottmann weist darauf hin, im Sozialausschuss werde über die Flüchtlingssituation informiert. Die Informationen sollten koordiniert werden. Der Sozialausschuss sei der richtige Ausschuss.

Frau Unger fragt Herrn Morkes, ob er damit einverstanden sei.

Herr Morkes erläutert, der Sozialausschuss tage nicht so häufig. Er wünsche daher die Informationen im Hauptaussschuss.

Frau Unger stellt fest, sie werden unter dem TOP „ Mitteilungen der Bürgermeisterin“ im Hauptausschuss zukünftig über wichtige Dinge zur Flüchtlingssituation berichten.

2. Frage:
In der Sitzung des Hauptausschusses am 17. August 2015 erbitten die Fraktionen der BfGT und SPD eine Antwort/Stellungnahme der Verwaltung auf nachfolgende Fragen:

Des öfters wurde die Verwaltung seitens der Fraktionen gebeten, aktuelle Informationen und Entwicklungen zu bedeutenden Themen vor einer Veröffentlichung in den Medien (Pressegespräch und/oder Pressemitteilung) entweder den Fraktionsvorsitzenden oder den Sprechern/Vorsitzenden der jeweiligen Ausschüsse mitzuteilen.
Die Aufstellung und Umsetzung eines Gewerbeflächenkonzeptes sehen die o.a. Fraktionen als wichtige Aufgabe an und bekunden hiermit ihr Unverständnis über das Vorgehen der Verwaltung.
Eine dürftige Info seitens der Verwaltung, die am Vortag der Veröffentlichung am 11.08.2015 um 18:40 Uhr versandt wurde, reicht dafür nicht aus.

- Warum wurden die Fraktionen sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Immobilienwesen im Vorfeld nicht umfassend informiert?
- Beabsichtigt die Verwaltung diese Art der Information in Zukunft fürtzuführen?

Frau Unger beantwortet die o.a. Anfrage:

Die Zuständigkeit für die Beratung des „Gewerbeentwicklungskonzeptes“ liege im Planungsausschuss, da das Konzept die argumentative Grundlage für die regionalplanerische Begründung zum zukünftigen Gewerbeflächenbedarf der Stadt Gütersloh darstelle. Die Mittel seien im Budget von FB 23 verankert, daher sei es kein Problem, das Konzept auch im Ausschuss für Wirtschaftsförderung vorzustellen. Der Planungsausschuss sei in seiner Sitzung am 26.08.2014 über die Erarbeitung des Gewerbeentwicklungskonzeptes bzw. die Auftragsvergabe informiert worden.
In der kommenden Sitzung des Planungsausschusses am 25.08.2015 solle das Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Stadt Gütersloh politisch beraten werden. In diesem Zusammenhang habe die Verwaltung am Dienstag der letzten Woche ein Feeedbackgespräch mit den an der Erstellung beteiligten Akteuren geführt. Aus terminlichen Gründen sei im Anschluss daran ein Gespräch mit der Presse geführt worden, um über die anstehende Beratung des Konzeptes im Planungsausschuss zu informieren. Seit dem Donnerstag der letzten Woche stehe die Vorlage samt Konzept im Ratsinformationssystem für Öffentlichkeit, Politik sowie Presse zur Verfügung. Die Verwaltung habe am Dienstag der letzten Woche die Fraktionsgeschäftsstellen sowie die planungspolitischen Sprecher über die erfolgte Information der Presse informiert, und in diesem Zusammenhang die Pressemitteilung übersandt. Da sämtliche Unterlagen erst am Donnerstag für „Jedermann“ im Ratsinformationssystem freigegeben worden seien, sei das Erstinformationsrecht jederzeit gewahrt worden. Aus Sicht der Verwaltung sei es bei umfangreichen und komplexen Themen angezeigt, über das Instrument des Pressegesprächs auf anstehende politische Beratungen aufmerksam zu machen.

Herr Morkes erklärt, die Politik sei nicht im Vorfeld informiert worden, sondern zuerst die Medien.

Frau Unger erwidert, am Dienstag habe ein Feedbackgespräch mit den eingebundenen Unternehmen stattgefunden mit anschließender Erläuterung vor der Presse. Das Gutachten sei erst am Donnerstag abgegeben worden.

Herr Rosenthal weist darauf hin, er könne sich nicht erinnern, dass es in Wahlkampfzeiten solche Pressetermine gegeben habe.

Herr Schulz erläutert, der Pressetermin habe in keinster Weise etwas mit dem Wahlkampf zu tun gehabt. Als Stadtbaurat müsse er die Themen der Stadt vertreten. Der Hintergrund sei dadurch begründet, dass das Konzept nochmal diskutiert werden sollte, und dass die Unternehmen bei dem Pressegespräch dabei sein sollten.